

ORDNUNG · 22. MAI 2026 · 22 MIN.

Die Wirkungsökonomie ist kein Parteiprogramm

Warum CDU/CSU, SPD, Grüne, FDP und Linke unterschiedliche Anschlussstellen zur Wirkungsökonomie haben - und wie ein gemeinsamer Wirkungsrahmen demokratische Politik gegen Polarisierung stärken kann.

Digitale Lesefassung

Für Bildschirm und
Ausdruck

Original online

wirkungsoekonomie.de/blog/wirkungsoekonomie-kein-parteiprogramm.html

Einordnung: Die Wirkungsökonomie wird hier nicht als Parteiprogramm, sondern als demokratisch anschlussfähiger Ordnungsrahmen dargestellt. Parteien werden nicht vereinnahmt; ihre Anschlussstellen, Zielkonflikte und Wirkungslücken werden quellenbasiert und diplomatisch beschrieben.

Kurzfassung

Die Wirkungsökonomie ist kein Wahlprogramm und keine neue Parteifarbe. Sie ist ein möglicher demokratischer Ordnungsrahmen für eine Zeit, in der die alten Maßstäbe nicht mehr tragen: Gewinn, Wachstum, Macht, Reichweite und kurzfristige Entlastung zeigen nicht zuverlässig, ob eine Entscheidung Menschen stärkt, den Planeten schützt oder Demokratie stabilisiert.

Gerade deshalb ist die Wirkungsökonomie überparteilich anschlussfähig. Nicht, weil sie politische Unterschiede aufhebt, sondern weil sie eine gemeinsame Prüfungsfrage anbietet: Welche Wirkung erzeugt eine Entscheidung für Mensch, Planet und Demokratie?

CDU/CSU, SPD, Grüne, FDP und Linke könnten innerhalb dieses Rahmens sehr unterschiedliche Schwerpunkte setzen: Ordnung und Verantwortung, soziale Gerechtigkeit, Klima und Biodiversität, Freiheit und Innovation, Wohnen und Care. Der politische Streit würde dadurch nicht verschwinden. Er würde präziser. Parteien müssten nicht dieselben Antworten geben. Aber sie müssten zeigen, welche Wirkung ihre Antworten erzeugen.

Die wichtigste Pointe: Die Wirkungsökonomie schafft keinen Einheitsblock. Sie schafft einen gemeinsamen demokratischen Wirkungsraum. Genau das kann helfen, demokratische Kräfte wieder zusammenzuführen, ohne ihre Unterschiede zu löschen.

Warum diese Frage jetzt wichtig ist

Demokratische Politik wirkt heute oft so, als stünden sich unversöhnliche Lager gegenüber: Markt gegen Staat, Freiheit gegen Regulierung, Wirtschaft gegen Klima, Sicherheit gegen Offenheit, soziale Gerechtigkeit gegen Wettbewerbsfähigkeit. Diese Gegensätze sind politisch wirksam, aber sie erklären die eigentliche Steuerungsfrage nicht.

Denn viele Krisen entstehen nicht, weil es gar keine guten Ziele gibt. Viele Parteien bekennen sich programmatisch zu Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit, Freiheit, Verantwortung, Generationengerechtigkeit, Innovation oder internationaler Kooperation. Das Problem liegt häufig dazwischen: Programme werden nicht zuverlässig in Preise, Haushalte, Gesetze, Kapitalflüsse, Beschaffung, Management und konkrete Entscheidungen zurückgekoppelt.

Genau hier setzt die Wirkungsökonomie an. Sie fragt nicht zuerst, welche Partei recht hat. Sie fragt, welche Zustandsveränderung entsteht. Sie prüft nicht Parteifarben, sondern Wirkungspfade.

Die SDGs sind kein grünes Sonderprogramm

Die 17 Sustainable Development Goals der Agenda 2030 sind kein Programm einer einzelnen Partei. Sie sind ein global vereinbarter Zielrahmen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beschreibt die Agenda 2030 als Rahmen für soziale, wirtschaftliche und ökologische nachhaltige Entwicklung. Die Bundesregierung erklärt, dass sich die Ziele an Staaten, Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft, Wissenschaft und Einzelne richten. [\[1\]\[2\]](#)

Das ist für die Wirkungsökonomie entscheidend: Sie bewertet Wirkung nicht aus privater Moral und nicht nach Parteifarbe. Sie nutzt einen öffentlich nachvollziehbaren Referenzrahmen: SDGs, Agenda 2030 und SDG+. SDG+ ergänzt aus Wirkungsökonomie-Sicht die demokratischen Voraussetzungen, ohne die die SDGs kaum erreichbar sind: Medienqualität, Rechtsstaatlichkeit, Diskursfähigkeit, institutionelles Vertrauen, gesellschaftlicher Zusammenhalt und digitale Selbstbestimmung.

Damit wird Nachhaltigkeit nicht als Lifestyle-Frage, nicht als grüne Moral und nicht als Parteislogan verstanden. Sie wird als gemeinsamer Wirkungsrahmen lesbar: Was stärkt Menschen? Was erhält Lebensgrundlagen? Was schützt demokratische Korrekturfähigkeit?

Die Parallele zur Sozialen Marktwirtschaft

Die Soziale Marktwirtschaft war nie nur ein Parteislogan. Sie wurde zu einem übergreifenden Ordnungsrahmen, innerhalb dessen unterschiedliche politische Lager verschiedene Schwerpunkte setzen konnten: die einen stärker bei Wettbewerb und Eigentum, die anderen stärker bei sozialem Ausgleich, Tarifpolitik oder öffentlicher Infrastruktur.

Die Wirkungsökonomie kann ähnlich verstanden werden: nicht als fertiges Parteiprogramm, sondern als Ordnungsupdate. Markt, Eigentum, Wettbewerb, Innovation und Gewinn bleiben. Aber die Signale ändern sich. Nicht mehr Kapital allein entscheidet, was sich lohnt, sondern positive Netto-Wirkung für Mensch, Planet und Demokratie.

Der Streit hört damit nicht auf. Im Gegenteil: Er wird sichtbarer. Eine liberale Ausgestaltung der Wirkungsökonomie würde anders aussehen als eine sozialdemokratische. Eine christdemokratische anders als eine grüne oder linke. Genau das ist demokratisch. Die gemeinsame Frage wäre nur: Welche Wirkung erzeugt die Ausgestaltung?

CDU/CSU: Ordnung, Verantwortung und Soziale Marktwirtschaft weiterdenken

Bei CDU und CSU liegt die Anschlussstelle vor allem in Ordnungspolitik, Sozialer Marktwirtschaft, Verantwortung, Eigentum mit Haftung, Generationengerechtigkeit, Mittelstand und institutioneller Stabilität. Die CDU bekennt sich in ihrem Grundsatzprogramm zu den universellen 17 UN-Nachhaltigkeitszielen und zur nationalen Umsetzung über die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Die CSU formuliert in ihrem Grundsatzprogramm, dass die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele als Grundlage politischen Handelns dienen – national und international. [\[3\]\[4\]](#)

Damit ist die Anschlussstelle klar: Die Wirkungsökonomie kann aus christdemokratischer Perspektive als Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft gelesen werden. Nicht der Staat plant alles. Nicht der Markt bleibt blind. Sondern der Ordnungsrahmen sorgt dafür, dass Verantwortung in Preisen, Steuern, Kapitalflüssen, öffentlichen Haushalten und Haftungslogiken sichtbar wird.

Naheliegende Schwerpunkte wären Mittelstand, Bürokratieabbau durch bessere Grundsignale, Familien und Generationenverantwortung, kommunale Resilienz, Haftung für negative Wirkung, industrielle Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit.

Gerade in der Union zeigt sich aber auch, warum die Wirkungsökonomie zwischen Programmatik und Wirkungspraxis unterscheiden muss. Aktuelle Energie- und Wirtschaftspolitik wird politisch kontrovers bewertet. Auf Bundesebene wird stärker über Energiepreise, Industrie, Versorgungssicherheit und fossile Übergangsoptionen gestritten. Auf Landesebene betonen CDU-Ministerpräsidenten wie Daniel Günther und Hendrik Wüst zum Teil andere Akzente: erneuerbare Energien, Wasserstoff, Kohleausstieg, Klimaschutz und industrielle Transformation. ^{[16][17][18]}

Die Wirkungsökonomie müsste daraus keine parteipolemische Anklage machen. Sie würde die Wirkungslücke prüfen: Welche Energiepolitik erzeugt über Zeit positive Netto-Wirkung auf Preisstabilität, Versorgungssicherheit, Klimaziele, industrielle Resilienz und Demokratievertrauen? Welche fossilen Übergangsmaßnahmen entlasten kurzfristig, erzeugen aber langfristige Lock-in-Risiken?

SPD: Soziale Gerechtigkeit wirkungslogisch machen

Bei der SPD liegt die Anschlussfähigkeit in sozialer Gerechtigkeit, guter Arbeit, Teilhabe, Pflege, Bildung, Wohnen, öffentlicher Infrastruktur und internationaler Verantwortung. In SPD-Dokumenten wird die UN-Agenda 2030 ausdrücklich als Richtschnur sozialdemokratischer Entwicklungspolitik beschrieben; entwicklungspolitische Ziele werden in die 17 Nachhaltigkeitsziele der Agenda eingebettet. ^[5]

Die Wirkungsökonomie bietet der Sozialdemokratie keine neue Parteifarbe, sondern eine Rückkopplungslogik. Sie macht sichtbar, welche Arbeit, welche Pflege, welche Bildung, welche öffentliche Infrastruktur und welche soziale Sicherung reale gesellschaftliche Wirkung erzeugen – und wo diese Wirkung im heutigen System unterbewertet bleibt.

Sozialdemokratische Schwerpunkte innerhalb der Wirkungsökonomie wären Wirkungshaushalte, gute Arbeit als Wirkleistung, Care und Pflege, soziale Abfederung von Wirkungssteuern, Wohnen als Wirkungsraum, Wirkungsrente, Wirkungseinkommen, Bildung, Gesundheit und demokratische Teilhabe.

Die Wirkungsökonomie-Gegenfrage an eine sozialdemokratische Ausgestaltung lautet: Wird soziale Gerechtigkeit nur nachträglich kompensiert, oder wird sie in Arbeit, Pflege, Wohnen, Bildung, Einkommen, Rente, Kapitalflüsse und Haushalte zurückgekoppelt? Und wie verhindert man, dass neue Wirkungsmessung neue Bürokratie erzeugt?

Bündnis 90 / Die Grünen: Transformation operationalisieren

Bei den Grünen ist die Anschlussfähigkeit offensichtlich, aber gerade deshalb muss sie sauber formuliert werden. Die Wirkungsökonomie ist nicht grüne Politik in anderer Sprache. Sie ist ein Wirkungsrahmen, der ökologische, soziale, wirtschaftliche und demokratische Fragen gemeinsam lesbar macht.

In grünen Programmen spielen Klima, Biodiversität, Menschenrechte, Demokratie, Agenda 2030, Pariser Klimaabkommen und sozial-ökologische Transformation eine zentrale Rolle. [\[7\]](#)[\[8\]](#)

Aus grüner Perspektive liegt die Stärke der Wirkungsökonomie darin, dass Nachhaltigkeit nicht nur als Ziel, Bericht oder Appell erscheint. Sie wird operationalisiert: über Daten, Wirkungsökonomie-IDs, Scorecards, Schutzregeln, Wirkungssteuern, Kapitalflüsse, Beschaffung, öffentliche Haushalte und demokratische Rückkopplung.

Grüne Schwerpunkte wären vermutlich Klima, Biodiversität, Kreislaufwirtschaft, regenerative Wirtschaft, SDG+, Medienqualität, demokratische Resilienz und internationale Verantwortung. Die Wirkungsökonomie stellt aber auch hier kritische Fragen: Wie wird ökologische Rückkopplung sozial abgedeckt? Wie verhindert man moralische Überforderung? Wie bleibt Transformation innovationsfreundlich und marktfähig?

FDP: Freiheit braucht ehrliche Signale

Bei der FDP liegt die Anschlussstelle in Freiheit, Selbstbestimmung, Eigentum, Wettbewerb, Innovation, Technologieoffenheit, Marktsignalen und Bürokratieabbau. Die FDP bezieht sich in entwicklungspolitischen Positionen auf die 17 SDGs der Agenda 2030 und das Pariser Klimaabkommen; ein FDP-Bundesvorstandsbeschluss beschreibt die Agenda 2030 als globales Programm für nachhaltige Entwicklung, kritisiert aber zugleich eine aus liberaler Sicht unkoordinierte Umsetzung. [\[9\]](#)[\[10\]](#)

Die liberale Anschlussstelle der Wirkungsökonomie lautet: Freiheit braucht verlässliche Informationen. Wenn Preise, Steuern und Kapitalflüsse Schäden ausblenden, handeln Menschen und Unternehmen auf verzierter Grundlage. Die Wirkungsökonomie korrigiert nicht Freiheit, sondern die Informationslage, auf der Freiheit handelt.

Liberaler Wirkungsökonomie-Schwerpunkte wären Technologieoffenheit, weniger Förderflickenteppich, schlanke Datenstandards, digitale Produktpässe, Wettbewerb um positive Netto-Wirkung, Unternehmerfreiheit mit Wirkungstransparenz und Bürokratieabbau durch einheitliche Wirkungslogik.

Die Wirkungsökonomie-Gegenfrage lautet: Wie können bessere Marktsignale Freiheit stärken, statt sie einzuschränken? Wie verhindert man, dass Technologieoffenheit zur Verzögerungslogik wird? Und wie bleibt Wirkungsmessung freiheitssicher, ohne Personenbewertung und ohne zentrale Planung?

Die Linke: Kapitalfolgen sichtbar machen, ohne in Planwirtschaft zurückzufallen

Bei der Linken liegt die Anschlussfähigkeit in sozialer Gerechtigkeit, Armutsbekämpfung, Wohnen, Care, Pflege, öffentlicher Daseinsvorsorge, Kapitalverantwortung und globaler Gerechtigkeit. In linken Programmen wird auf SDGs und globale Wertschöpfung verwiesen; europäische Materialien beschreiben die Agenda 2030 als Zielrahmen, kritisieren aber zugleich Wachstum als alleinigen Erfolgsmaßstab. ^{[11][12]}

Die Wirkungsökonomie kann linke Anliegen aufnehmen, ohne automatisch in zentrale Planwirtschaft zu kippen. Sie macht sichtbar, wo Kapital Rendite erzeugt, indem Kosten auf Menschen, Kommunen, Pflege, Klima, Gesundheit oder Demokratie verschoben werden. Aber sie ersetzt Markt, Eigentum und Wettbewerb nicht pauschal durch zentrale Planung. Sie verändert Rückkopplung.

Linke Schwerpunkte innerhalb der Wirkungsökonomie wären Wohnen als Wirkungsraum, Wirkungseinkommen, Wirkungsrente, Care und Pflege, Kapitalverantwortung, öffentliche Infrastruktur, Armutswirkung, demokratische Teilhabe und kommunale Daseinsvorsorge.

Die kritische Wirkungsökonomie-Gegenfrage lautet: Wie wird Kapitalverantwortung umgesetzt, ohne starre Planungslogik zu erzeugen? Wie bleibt Innovation möglich? Wie wird Wirkung sozial gerecht bewertet, ohne Menschen als Personen zu bewerten?

Die Wirkungslücke: Warum Programme nicht automatisch Praxis werden

Ein zentrales Wort für diese Debatte ist Wirkungslücke. Eine Wirkungslücke entsteht, wenn politische Ziele, Programme oder Bekenntnisse nicht in wirksame Rückkopplung übersetzt werden: also nicht in Preise, Steuern, Haushalte, Gesetze, Kapitalflüsse, Beschaffung, Verwaltung oder konkrete Entscheidungen.

Diese Lücke entsteht nicht nur durch bösen Willen. Sie entsteht durch Koalitionszwänge, Ressortlogik, Haushaltsregeln, kurzfristige Krisen, Lobbyinteressen, föderale Unterschiede, Wahlkampfdruck, Datenlücken und fehlende Wirkungsrückkopplung.

Die Wirkungsökonomie macht diese Lücke sichtbar, ohne sie vorschnell moralisch zu bewerten. Sie fragt: Welche Wirkung erzeugt eine Maßnahme tatsächlich? Welche Wirkungsräume werden gestärkt? Welche werden geschwächt? Welche Folgekosten werden verschoben? Welche Zielkonflikte werden ehrlich benannt?

Warum die Wirkungsökonomie demokratische Kräfte wieder zusammenführen könnte

Das ist vielleicht der wichtigste Punkt: Die Wirkungsökonomie ersetzt demokratische Parteien nicht. Sie schafft einen gemeinsamen Wirkungsrahmen. Sie will Unterschiede nicht abschaffen, sondern wieder konstruktiv machen.

Demokratische Parteien könnten innerhalb der Wirkungsökonomie ihr eigenes Profil sogar schärfen: CDU/CSU über Ordnung, Verantwortung und Mittelstand; SPD über Arbeit, soziale Sicherheit und öffentliche Infrastruktur; Grüne über Klima, Biodiversität und demokratische Resilienz; FDP über Freiheit, Innovation

und ehrliche Marktsignale; Linke über Wohnen, Care, Kapitalverantwortung und soziale Teilhabe.

Der Unterschied wäre: Diese Profile würden nicht mehr nur gegeneinander stehen. Sie müssten sich an derselben Wirkungsfrage messen lassen: Welche Wirkung entsteht? Für wen? Mit welchen Zielkonflikten? Auf welcher Datenbasis? Und mit welcher Rückkopplung?

Die Wirkungsökonomie schafft keinen Einheitsblock. Sie schafft einen gemeinsamen demokratischen Wirkungsraum.

Gerade in einer Zeit, in der autoritäre und rechtsextreme Dynamiken versuchen, gemeinsame Wirklichkeitsräume zu zerstören, ist das wichtig. Der Streit um die AfD zeigt, dass demokratische Politik nicht nur Abgrenzung braucht, sondern auch eine positive gemeinsame Handlungsbasis. Das Bundesamt für Verfassungsschutz und Gerichte haben die Beobachtung der AfD als Verdachtsfall einer rechtsextremistischen Bestrebung bestätigt; diese juristische und politische Auseinandersetzung zeigt, wie ernst die Frage demokratischer Abwehrkräfte geworden ist. [13][14][15]

Aber ein demokratischer Schutzraum entsteht nicht allein durch Warnungen. Er entsteht auch dadurch, dass demokratische Parteien wieder zeigen, dass sie Probleme wirksam lösen können: bezahlbares Wohnen, sichere Energie, gute Arbeit, stabile Renten, funktionierende Kommunen, faire Bildung, glaubwürdige Medien, gesunde Lebensbedingungen und eine Wirtschaft, die Zukunft nicht zerstört.

Autoritäre Politik lebt von Angst, Feindbildern, Misstrauen und der Behauptung, demokratische Systeme seien handlungsunfähig. Die Wirkungsökonomie setzt genau an der demokratischen Handlungsfähigkeit an: Wirkung sichtbar machen, Zielkonflikte benennen, Rückkopplung herstellen, Entscheidungen überprüfbar machen.

Das ist kein einfacher Block gegen rechts im Sinne einer Gleichschaltung demokratischer Parteien. Es ist eine gemeinsame Wirkungsbasis gegen die Zerstörung demokratischer Räume. Demokratische Parteien müssen nicht dieselben Antworten geben. Aber sie können sich darauf einigen, dass politische Antworten an ihrer Wirkung gemessen werden müssen.

Gegen autoritäre Vereinfachung braucht Demokratie nicht weniger Streit. Sie braucht besseren Streit: über Wirkung, Daten, Zielkonflikte und Rückkopplung.

Was sich im politischen Diskurs verändern würde

Wenn die Wirkungsökonomie als demokratischer Ordnungsrahmen ernst genommen wird, verschiebt sich der politische Diskurs. Parteien würden nicht aufhören, unterschiedliche Werte zu betonen. Aber ihre Vorschläge müssten stärker zeigen, welche Wirkung sie tatsächlich erzeugen.

CDU/CSU könnte stärker fragen: Wie verbinden wir Ordnung, Eigentum, Haftung, Mittelstand und Generationengerechtigkeit mit messbarer Wirkung?

SPD könnte stärker fragen: Wie werden gute Arbeit, Pflege, Bildung, Wohnen und soziale Sicherheit als Wirkleistung sichtbar und finanziell rückgekoppelt?

Grüne könnten stärker fragen: Wie werden Klima, Biodiversität, Kreislaufwirtschaft und Demokratie nicht nur Ziel, sondern Steuerungslogik?

FDP könnte stärker fragen: Wie schaffen wir bessere Marktsignale, weniger Bürokratie und mehr Innovationswettbewerb um positive Netto-Wirkung?

Die Linke könnte stärker fragen: Wie werden Kapitalfolgen, Verdrängung, Armut, Care und öffentliche Daseinsvorsorge sichtbar, ohne in starre Planungslogik zu fallen?

Der Streit ginge also nicht weg. Aber er würde sich von Etiketten lösen. Statt „links“, „grün“, „liberal“, „konservativ“ oder „sozialistisch“ als Kampfbegriffe zu verwenden, müsste jede Seite zeigen, welche Wirkung ihre Ausgestaltung erzeugt.

Warum das keine grüne Ideologie ist

Der Ideologievorwurf entsteht oft, wenn Nachhaltigkeit auf Klima, Verbote oder Lebensstilfragen verengt wird. Die Wirkungsökonomie macht etwas anderes. Sie verbindet Mensch, Planet und Demokratie. Sie bewertet Wirkung am Rahmen SDGs, Agenda 2030 und SDG+, nicht an einer Parteifarbe.

Vor allem aber bleibt die Wirkungsökonomie marktoffen. Sie erhält Eigentum, Wettbewerb, Innovation, Gewinn und dezentrale Entscheidung. Sie ersetzt nicht Freiheit durch zentrale Kontrolle. Sie ersetzt blinde Signale durch wirkungsfähige Signale.

Genau deshalb kann jede demokratische Partei ihr eigenes Profil innerhalb der Wirkungsökonomie schärfen. Die Union über Ordnung und Verantwortung. Die SPD über soziale Sicherheit und Arbeit. Die Grünen über ökologische und demokratische Transformation. Die FDP über Freiheit und Innovation. Die Linke über soziale Wirkung und Kapitalverantwortung. Das ist kein ideologisches Versteckspiel. Es ist demokratische Ausgestaltung eines gemeinsamen Wirkungsrahmens.

Was die Partei-Seiten auf der Website leisten sollten

Die geplanten Einzelseiten für CDU/CSU, SPD, Grüne, FDP und Die Linke sollten nicht werben, sondern einordnen. Jede Seite braucht dieselbe Struktur, damit keine Partei bevorzugt oder vereinnahmt wird:

- Keine Wahlempfehlung.
- Was sagt die Partei programmatisch?
- Welche offiziellen Quellen belegen die Anschlussstelle?
- Wo passt die Wirkungsökonomie zu dieser politischen Tradition?
- Welche Wirkungsökonomie-Schwerpunkte wären aus dieser Perspektive naheliegend?
- Wo entstehen Zielkonflikte?
- Wo entsteht eine Wirkungslücke zwischen Programmatik und Praxis?
- Welche Wirkungsökonomie-Gegenfragen müssen gestellt werden?
- Was behauptet diese Seite ausdrücklich nicht?

Damit wird klar: Die Wirkungsökonomie nimmt keiner Partei ihre Identität. Sie macht nur sichtbar, welche Wirkung politische Ausgestaltung erzeugt.

Schluss: Die Frage verschiebt sich

Die Wirkungsökonomie ist kein Parteiprogramm. Sie ist auch keine Einladung, alle demokratischen Unterschiede einzuebnen. Ihre Stärke liegt gerade darin, dass sie Unterschiede sichtbar und prüfbar macht.

Wenn demokratische Parteien sich auf Wirkung als gemeinsame Prüfungsfrage einigen könnten, würde Politik nicht unpolitischer. Sie würde ehrlicher. Parteien müssten nicht dieselben Antworten geben. Aber sie müssten zeigen, welche Wirkung ihre Antworten erzeugen.

Die alte Frage lautet: Welche Ideologie gewinnt?

Die neue Frage lautet: Welche Wirkung entsteht – für wen, mit welchen Zielkonflikten, mit welchen Daten, mit welcher Rückkopplung?

Die Wirkungsökonomie ist kein Block, der Unterschiede auslöscht. Sie ist ein Wirkungsraum, in dem demokratische Unterschiede wieder konstruktiv werden können.

Ordnung

Demokratische Anschlussfähigkeit

Die Rahmenseite zur Wirkungsökonomie als demokratisch anschlussfähiger Ordnungslogik.

SDG+

Wirkung politischer Sprache

Frames, Narrative, Resonanzräume und Wirkungspotenziale demokratisch prüfen.

Glossar

Wirkungslücke

Der Begriff für den Abstand zwischen Programmatik und wirksamer Rückkopplung.

▼ Quellen und Materialbasis

1. BMZ: Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung
Globaler Rahmen der Agenda 2030 und 17 SDGs.
2. Bundesregierung: Agenda 2030: Nachhaltigkeitsziele erklärt
SDGs als Ziele, die Staaten, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Einzelne betreffen.
3. CDU: Grundsatzprogramm 2024
Bezug zu Nachhaltigkeit, Sozialer Marktwirtschaft, Generationenverantwortung und den 17 UN-Nachhaltigkeitszielen.

4. CSU: Grundsatzprogramm 2023
Bezug zu den 17 globalen Nachhaltigkeitszielen als Grundlage politischen Handelns.
5. SPD-Bundestagsfraktion: UN-Agenda 2030: Richtschnur sozialdemokratischer Entwicklungspolitik
SPD-Bezug zur Agenda 2030 und den 17 Nachhaltigkeitszielen im entwicklungspolitischen Kontext.
6. SPD: Regierungsprogramm 2025
Programmatik zu sozialer Gerechtigkeit, Arbeit, Infrastruktur, Transformation und globaler Verantwortung.
7. Bündnis 90 / Die Grünen: Grundsatzprogramm
Grundlinien zu Ökologie, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit, Frieden und globaler Verantwortung.
8. Bündnis 90 / Die Grünen: Regierungsprogramm 2025
Programmatik zu Transformation, Klimaschutz, Resilienz und internationaler Verantwortung.
9. FDP: Entwicklungspolitik
FDP-Bezüge zu Agenda 2030, SDGs, Pariser Klimaabkommen, Innovation und Marktwirtschaft.
10. FDP-Bundesvorstand: Fünf Jahre Agenda 2030
FDP-Beschluss zur Agenda 2030 und ihrer Umsetzung.
11. Die Linke: Wahlprogramm Bundestagswahl 2021
Bezugslinien zu sozialer Gerechtigkeit, globaler Kooperation und SDGs.
12. Die Linke: Europawahlprogramm 2024
Europäische Programmatik zu sozialer Gerechtigkeit, öffentlicher Daseinsvorsorge, Marktregeln und Demokratie.
13. Bundesamt für Verfassungsschutz: Pressemitteilung zum OVG-NRW-Verfahren AfD / JA
Einordnung des Verdachtsfall-Kontexts aus Sicht des BfV.
14. OVG Nordrhein-Westfalen: AfD und JA als Verdachtsfall
Gerichtliche Einordnung zur Beobachtung als Verdachtsfall.
15. Bundesverwaltungsgericht: Keine Zulassung der Revision
Aktueller Verfahrensstand zum Verdachtsfall-Kontext.
16. Deutscher Bundestag: Aktuelle Stunde Energiepolitik 2026
Parlamentarische Kontroverse zur Energiepolitik der Bundesregierung.
17. Land Schleswig-Holstein: PowerNet / Energiewende
Länderlinie zu erneuerbaren Energien, Wasserstoff und Energiewende.
18. Land Nordrhein-Westfalen: Kohleausstieg 2030
Länderlinie zu Kohleausstieg, erneuerbaren Energien und industrieller Transformation.

Interne Wirkungsökonomie-Grundlagen: Führender Begriffsleitfaden, Systemmodell, Ordnungsseiten, Partei-Unterseiten, Glossar, SDG+-Logik und Buchstand 2026.